

Wildtierverschützung bietet Chancen

Zum Artikel „Die vierbeinigen Stars in der Manege“ vom 26. Oktober:

In dem Beitrag heißt es: „Bei einem Wildtierverschützung müssten viele Nummern gestrichen werden. Dann würde der Zirkus weniger Geld verdienen – und müsste vielleicht schließen.“ Gerade für Kinder finde ich es wichtig, den Blick nach vorn zu richten. Kinder sollen keine Ängste vor Entwicklung oder Veränderungen haben. Veränderungen bedeuten eine neue Chance. Ein Wildtierverschützung bietet jede Menge Chancen. Kein Zirkus muss pleitegehen – aber er muss sich etwas einfallen lassen.
Carola Schmitt, Gerlingen (per E-Mail)

Wen soll man noch wählen?

Zum Artikel „Stromkonzerne fahren 2010 Rekordgewinn ein“ (20. Oktober):

Die Energieversorger machen horrenden Gewinn, und die Bürger zahlen die Zechen. Die Politiker, die leider auch ich gewählt habe, denken gar nicht daran, für einen echten Wettbewerb und damit faire Preise zu sorgen. Die Pharmaindustrie tanzt dem Bürger genauso auf der Nase herum. Was macht diese Regierung? Sie erhöht einfach die Krankenkassenbeiträge. Diese Politik ist grottenfalsch. Wen soll man überhaupt noch wählen?
Andreas Lemke, S-Botnang (per E-Mail)

Kontakt

Die Redaktion freut sich über jede sachliche Zuschrift, die sich auf Artikel in unserer Zeitung bezieht. Aufgrund der vielen Zuschriften können wir jedoch nicht alle Briefe abdrucken. Auch ist es leider nicht möglich, nicht veröffentlichte Zuschriften zurückzuschicken. In jedem Fall behalten wir uns Kürzungen vor. Leserbriefe erscheinen unabhängig von der Meinung der Redaktion. Bitte teilen Sie uns Ihre vollständige Postanschrift mit.

Fax: 07 11 / 72 05 - 71 19
E-Mail: cvd@stn.zgs.de
www.stuttgarter-nachrichten.de/kommentare
Postanschrift: Stuttgarter Nachrichten
Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart

Wenn der Staat pleite ist

Wie der Zusammenbruch verhindert und die Massenkaukraft erhalten werden kann

Steuern senken oder sparen? Die Regierung hat ein Sparpaket geschnürt, um den Bundeshaushalt einigermaßen in den Griff zu bekommen. Doch die Schulden steigen immer weiter. Gedanken über einen drohenden Zusammenbruch der Staatsfinanzen in Deutschland.

Die Impulse für das zurückkehrende Wirtschaftswachstum gingen von unserem Exportüberschuss aus. Um unsere Überschüsse aufnehmen zu können, müssen sich woanders Staaten und Einzelpersonen verschulden. Läuft das so weiter, ist die nächste Krise mit Bankenpleiten sicher.

Um den Zusammenbruch der Wirtschaft infolge der Finanzkrise abzuwenden, hat der Staat tief in die Tasche gegriffen. Auch jetzt noch steigt die Staatsverschuldung mit atemberaubender Geschwindigkeit weiter, was dem Hinrasen eines Fahrzeugs auf eine Betonmauer gleichkommt. Es wird verkannt, dass die Wirtschaft in ihrer gegenwärtigen Struktur ohne das Staatsdefizit nicht lebensfähig ist.

Durch Besoldung der Beamten, Staatsaufträge und die Sozialausgaben schafft der Staat Nachfrage, deren Zurückfahren auf einen ausgeglichenen Haushalt Firmenpleiten ohne Ende zur Folge hätte. Die Hoffnung auf den Boom, der Steuergelder in die Staatskasse spült, ist illusorisch, wie die vergangenen Jahrzehnte gezeigt haben.

Die Notwendigkeit für das Staatsdefizit (und für den Exportüberschuss) ergibt sich



Hat keinen einfachen Job: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bei einer Pressekonferenz dpa

aus, dass (vereinfacht) die Reichen weniger Geld für ihren Konsum und für Investitionen ausgeben, als sie einnehmen, was die Wirtschaft zu strangulieren droht. Ein Ausgleich erfolgt dadurch, dass sich der Staat (und das Ausland) diese Überschüsse leiht und in den Geldkreislauf der Realwirtschaft zurückführt. Es werden auch reichen Einzelpersonen und Konzernen große Konzessionen gemacht, um sie zu bewegen, im Inland zu investieren, insbesondere in Form von Steuererleichterungen.

Der Steuererleichterungswettbewerb unter den Staaten verschärft aber deren Verschuldung. Doch die Finanzmärkte werden zu gegebener Zeit den Geldhahn zudrehen, nämlich wenn kaum mehr zu erwarten ist, dass der Staat den Schuldendienst noch schultern kann. Vielleicht schon, wenn sich die nächste Wirtschaftskrise abzeichnet. Und was dann, wenn unser Staat pleite ist?

Hätten wir weitgehende Anarchie, in der sich viele arme Länder bereits befinden? Oder würde die Konkursmasse samt ihren Billionenschulden etwa von einem Konsortium aus Ölscheichs und Energieriesen übernommen? Müssten wir Bürger dann die Schulden im Frondienst abarbeiten?

Die Misere ist, dass sich Geld, Sacheigentum und Forderungen im verhängnisvollen Weise kumuliert haben. Nur ein Ausgleich durch Besteuerung (und Bekämpfung der Steuerflucht) kann die Staaten aus ihrer Schuldenfalle befreien. Nur so können die Sozialpolitik und die Massenkaukraft erhalten und der Zusammenbruch verhindert werden.

Hans Oette, Neuenstadt (per E-Mail)

Steinzeitlicher Föderalismus

Zur Zuwanderungsdebatte:

Bundesbildungsministerin Annette Schavan will bis Jahresende ein Gesetz auf den Weg bringen, das die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen der in Deutschland lebenden Migranten beschleunigen soll, um den Fachkräftemangel bekämpfen zu können. Vorrangig wäre dagegen, wenn wir uns mit den föderalen Ungerechtigkeiten im Schul- und Ausbildungssystem beschäftigen würden, bevor wir uns um die Anerkennung der ausländischen Abschlüsse von Migranten kümmern.

So wird leider immer noch nicht das jeweilige bundesländerspezifische Abitur in allen Bundesländern gleichermaßen anerkannt. Ebenso verhält es sich mit der Ausbildung zur Erzieherin. Und nach 20 Jahren deutscher Einheit bekommt zum Beispiel ein Diplomingenieur aus der ehemaligen DDR in den alten Bundesländern immer noch keine adäquate Beschäftigung, weil sein Abschluss nicht als gleichwertig angesehen wird. Vorrangig sollten alle Berufsabschlüsse beschleunigt anerkannt werden, die wegen des steinzeitlichen Föderalismus bisher auf der Strecke geblieben sind.
Roland Klose, Bad Fredeburg (per E-Mail)

Das kann nach hinten losgehen

Zu aktuellen Forderungen nach mehr direkter Demokratie:

Derzeit rufen viele nach Volksbefragung oder einem Absenken des Limits für die Durchsetzung solcher Ansinnen. Man muss sich schon sehr wundern, wenn außer Normalbürgern auch demokratisch gewählte Politiker sich dem anschließen. Ich bin dagegen, denn erstens hat sich unser System bewährt, und zweitens will ich geordnete Verhältnisse. Wie schnell eine direkte Demokratie nach hinten losgehen kann, ist unschwer aufzuzeigen: Mit abgesenkten Hürden könnten sich Technikfreaks gegen grüne Ideale durchsetzen. Man muss es nur mit Hilfe moderner Medien organisieren. Und die Punkte in Flensburg: Adieu – die Mehrheit wäre schnell gefunden. Aber die Sicherheit? Steuererhöhungen: nie wieder, eher runter damit! Aber wer bezahlt weiter die Wohltaten des Sozialstaats? Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.
Jürgen Gramm, Stuttgart (per E-Mail)

Für Frauen weniger Chancengleichheit

Das EU-Parlament will die Dauer des Mutterschutzes von 14 auf 20 Wochen erhöhen

Zum Tagesthema „Kopfg Geburt“ von Rainer Wehaus vom 21. Oktober:

Nur noch seelische Krüppel

Schön gedacht, ganz im Sinne der Wirtschaft. Weshalb Kinder bekommen, um sie dann wieder loszuwerden? Wenn es so kommt, wie Herr Wehaus meint, gibt es bald nur noch arme Kinder. Nicht wegen Hartz IV, sondern weil sie seelische Krüppel sind.
Eva Klein, Stuttgart (per E-Mail)

Echte Wahlfreiheit nötig

Der Autor hat in einem einzigen Punkt recht: Die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt wird sich für Frauen mit Familien weiter verringern. Das Gegenmittel kann nicht sein, Familien in eine immer frühere Fremdbetreuung ihrer Kinder zu drängen. Im Gegenteil: Erziehungsarbeit in den Familien benötigt gesellschaftliche Anerkennung. Familien brauchen echte Wahlfreiheit, ob sie Erziehungsarbeit selbst leisten

wollen oder sich für eine Erwerbstätigkeit und eine Fremdbetreuung ihrer Kinder entscheiden. Beide Entscheidungen sind gleichermaßen berechtigt.

Erziehungsarbeit ist eine erfüllende, bisweilen auch anstrengende Tätigkeit und beileibe kein Urlaub, wie Herr Wehaus durch Begriffe wie Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub impliziert. Was der Diskussion am wenigsten hilft, sind Männer, die zu wissen glauben, was Mütter brauchen.
Antje Weiss, Leinfelden (per E-Mail)

BWPOST⁺

Kommt einfach gut an.

„Auch wir setzen auf Wachstum!“

BLÜHENDES BAROCK
LUDWIGSBURG

Volker Kugel
Blühendes Barock Ludwigsburg

Die BWPOST ist die starke Marke für Postdienstleistungen unter dem Dach etablierter Zeitungsverlage in Baden-Württemberg. Über 2.000 Kunden profitieren bereits vom umfangreichen Service der BWPOST und sparen schon jetzt bei ihren Portokosten.

WERDEN AUCH SIE PARTNER DER STARKEN
POST FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG.

JETZT ANRUFEN UND INFORMIEREN:
FON 0800 711 711 1

www.BWPOST.net